

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Joachim Konrad

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Martin Behringer

Abg. Sabine Gross

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 32** auf:

Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)

Vorrangige Förderung des Wohnraums für deutsche Familien durch gezielte Maßnahmen der Wohnungs- und Grundstückspolitik (Drs. 19/7029)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

(Unruhe)

Ich bitte, entweder wieder Platz zu nehmen oder für weitere Gespräche den Plenarsaal zu verlassen.

Erster Redner ist der Abgeordnete Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ordentlich gesagt: Ich darf um Ruhe bitten. Nehmen Sie doch bitte Platz, oder verlassen Sie den Plenarsaal. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Seit Jahren erleben wir in Bayern eine Wohnraumpolitik, die an den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung konsequent vorbeigeht. Die Staatsregierung hat zugesehen, wie die Immobilienpreise explodieren, junge deutsche Familien aus den Städten und zunehmend auch aus dem ländlichen Raum verdrängt werden und wie der Traum vom Eigenheim für viele Deutsche zu einer Illusion geworden ist. Während CSU

und FREIE WÄHLER gebetsmühlenartig Programme ankündigen, die am Ende doch nichts an den strukturellen Problemen ändern, steht fest: Die Regierungen der Altparteien haben es über Jahrzehnte versäumt, die Wohnraum- und Grundstückpolitik strategisch auf die Menschen, die dieses Land tragen, und auf unsere einheimischen Familien, die Bayerns kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Substanz für die Zukunft sichern, auszurichten.

Ein Staat, der nicht den Wohnraum seiner eigenen Bevölkerung schützt, verfehlt seine Aufgabe. Genau aus diesem Grund fordern wir, die Wohnraumpolitik endlich zugunsten deutscher Familien auszurichten und die Kommunen in die Lage zu versetzen, bei der Vergabe von Baugrundstücken deutsche Bewerber bevorzugt zu berücksichtigen. Es ist bemerkenswert, wie vehement die etablierten Parteien so etwas ablehnen, und das in einer Situation, in der selbst Durchschnittsverdiener kaum noch in der Lage sind, in ihrer Heimat ein Eigenheim zu finanzieren.

Die Staatsregierung redet über Entlastung, hat aber weder die Preisdynamik gebremst noch eine Infrastruktur geschaffen, die Familien wirklich in ihrer Region hält. Der Verlust junger Generationen, der Identitätsverlust ganzer Gemeindestrukturen, die Entwurzelung traditioneller Lebensgemeinschaften hätten durch eine vorausschauende Politik verhindert werden können. Liebe CSU, es genügt nicht, wenn Ihr großer Vortänzer in Berlin die Entwicklung des Stadtbildes kritisiert, aber nichts getan wird, um diese Entwicklung zu verhindern.

Wir als AfD benennen nicht nur diese Missstände klar und unmissverständlich. Nein, wir haben anders als die Regierungsfaktionen den Mut, auch einmal über die Grenzen des eigenen Landes hinauszuschauen: Zahlreiche Länder auf der Welt schützen ihren Wohnungsmarkt konsequent vor einer Überforderung durch ausländische Nachfrage. In China, Indonesien, Nigeria, den Philippinen oder Thailand sind Landkäufe durch Ausländer teilweise völlig verboten. Neuseeland genehmigt größere Erwerbe nur nach intensiver Prüfung. Kanada und Australien unterwerfen ausländische Investitionen strikten staatlichen Kontrollen. Mexiko erlaubt Käufe in Sperrzonen nur über

Treuhandmodelle. In Dubai dürfen Ausländer Land und Immobilien nur in speziell ausgewiesenen, sogenannten Freehold-Zonen kaufen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Schweiz hat mit dem Lex Koller eines der bekanntesten Genehmigungsverfahren der Welt etabliert. Selbst in einigen EU-Ländern, wie zum Beispiel Dänemark, ist der Immobilienerwerb für Ausländer ohne langfristige Aufenthaltsgenehmigung eingeschränkt.

Mit anderen Worten: Andere Länder kennen sehr wohl Maßnahmen, die den Wohnraum für die eigene Bevölkerung schützen, nur die deutsche Politik weigert sich beharrlich, diese Realitäten anzuerkennen. Die Staatsregierung versteckt sich hinter angeblichen rechtlichen Zuständigkeiten, statt politisch Initiative zu zeigen. Doch der Bayerische Landtag ist der Gesetzgeber, und selbstverständlich kann Bayern Aufforderungen an den Bund und die EU richten. Andere Länder haben sich wie Dänemark erfolgreich Ausnahmerechte gesichert. Der Unterschied ist ganz einfach: Dort gibt es den politischen Willen dazu. Hier fehlt er.

Die AfD fordert eine klare, generationenübergreifende Wohnpolitik, welche die einheimische Bevölkerung schützt, die Perspektiven junger Familien stärkt und die Zukunftsfähigkeit Bayerns sichert. Dazu bedarf es keiner kosmetischen Maßnahmen und keiner Pressestatements ohne Wirkung, sondern einer strukturellen Neuordnung der Wohnraumpolitik zugunsten der Menschen, die dieses Land aufgebaut haben, die hier arbeiten, die Kinder großziehen und unsere Gemeinschaft tragen.

Die Staatsregierung hatte über Jahre die Gelegenheit, genau das zu tun; sie hat sie nicht genutzt. Wir legen Ihnen heute einen Antrag vor, der nicht nur notwendig, sondern überfällig ist. Wer die bayerische Identität erhalten, wer lebenswerte Gemeinden bewahren, wer unsere bayerischen Stadtbilder erhalten und soziale Entwurzelungen verhindern will, der kann sich diesem Kurs nicht verweigern.

Wenn wir wollen, dass Bayern auch in zwanzig oder dreißig Jahren noch ein Land ist, in dem Familien Heimat finden, in dem Traditionen weitergegeben werden und lokale Gemeinschaften lebendig bleiben, dann müssen wir heute handeln. Ich bitte deswegen um Unterstützung für unseren Antrag, der nicht nur den Mut zeigt, das Offensichtliche anzusprechen, sondern auch das Notwendige zu tun: den Wohnraum in Bayern vorrangig für unsere deutschen Familien zu sichern und damit die Grundlage für ein starkes, stabiles und zukunftsfähiges Bayern zu schaffen, damit die Stadtbilder in Bayern bayerisch bleiben. – Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Joachim Konrad. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Joachim Konrad (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unabhängig davon, dass dieser Antrag fundamental dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht, ist er zudem völlig überflüssig. Ich war zehn Jahre Bürgermeister in einer Kommune mit 10.000 Einwohnern im Allgäu, und ich habe ungefähr 80 Vergaben für Grundstücke und Wohnungen durchgeführt. Nicht eine Handvoll dieser Vergaben ging an ausländische Mitbürger; aber diese vier oder fünf ausländischen Mitbürger waren honorige Bürger. Sie waren engagiert, haben gearbeitet, waren in den Vereinen tätig, und jeder von diesen Bürgern ausländischer Herkunft hat die Vergabe verdient. Wir lehnen diesen sinnlosen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Jürgen Mistol. Bitte, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere den Artikel 106 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung. Dort steht geschrieben: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung." Ich wiederhole: Jeder Bewohner Bayerns. Von einer Nationalität ist nicht die Rede, und schon deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Abgeordneter Martin Behringer. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute hat die AfD mit diesem Antrag wieder ihr wahres Gesicht gezeigt, und wir werden sicherlich weder Wohnungen noch Grundstücke nach Herkunft, nach Religion oder nach Hautfarbe verteilen, und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Kollegin Sabine Gross. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht, dass Menschen ihre Abstammung nachweisen müssen, damit sie bei uns Wohnraum erhalten oder Grundstücke kaufen können.

(Benjamin Nolte (AfD): Es geht um die Staatsbürgerschaft!)

So etwas hatten wir schon einmal, das wollen wir nicht mehr. Der Antrag ist eindeutig verfassungswidrig und verstößt gegen das Grundgesetz. Ich weiß nicht, was das soll. Der Antrag ist abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.